



Update
08/2020

Bernhard Daldrup, MdB
Für den Kreis Warendorf

Berlin, 29. Mai 2020

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

Diese Woche stand im Rampenlicht von Eltern und Umwelt. Viele Eltern, die nun peu á peu an den Arbeitsplatz zurückkehren, deren Kinder aber aktuell noch keinen Anspruch auf Notbetreuung in Kita oder Schule haben, stehen vor einer Herausforderung. Für diesen Fall haben wir die Verlängerung von Entschädigungszahlungen durchgesetzt.

Auch bei der wirtschaftlichen Abfederung der Corona-Pandemie-Folgen sind wir konsequent vorgegangen und ebnen den Weg für zusätzliche Impulse für nachhaltiges Wachstum, gute Arbeit und innovative Lösungen für unsere Zukunft. Ein wichtiges Anliegen, über das ich in diesem Update noch einmal persönlich berichten möchte, ist der Solidaripakt zur Unterstützung unserer Kommunen in Deutschland.

Darüber hinaus konnten wir endlich die Hängepartie mit Union beim 52-Gigawatt-Deckel (PV-Deckel) auflösen und die Beschränkung aufheben. Der Deckel fällt weg, die bundesweiten Abstandsregeln für Windkraftwerke sind vom Tisch und Deutschland kann den Weg in Richtung grüner Zukunft planungssicher weiter verfolgen.

Es gilt weiterhin: Bleibt gesund, wenn möglich zuhause, aber in jedem Fall optimistisch und solidarisch. Vielen Dank an all diejenigen unter Euch, die dazu beitragen, dass wir diese Krise überstehen.

*Liebe Grüße und alles Gute,
und nun: Viel Spaß beim Lesen! Bis bald auf Facebook und Co.
Euer*



Ich spreche mit Katarina Barley über Europa-Themen und gebe Euch die Möglichkeit, Fragen zu stellen. In einer guten Stunde sprechen wir über alles, was Europa gerade beschäftigt.

Die Europäische Union steht durch die Corona-Pandemie vor einer ihrer größten Bewährungsproben in der jüngeren Geschichte. Aber Krisen sind auch immer eine Chance! Eine Chance zu einer Erneuerung der Grundwerte, eines solidari-schen Miteinanders und einem neuen Aufbruch. Wenn die Corona-Pandemie eines gezeigt hat, dann ist es, dass ein Staat oder eine Gesellschaft mit den globalen Herausforderungen der Gegenwart nicht alleine umgehen kann. Deshalb wollen wir als SPD vor Ort im Kreis Warendorf mit Ihnen/mit Euch ins Gespräch kommen und haben dafür eine der pro-filiertesten Europapolitikerinnen, Katarina Barley, für eine Veranstaltung in einem neuen Online-Kommunikationsfor-mat gewonnen. Katarina Barley ist SPD-Europaabgeordnete, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, deutsche und britische Staatsbürgerin und überzeugte Europäerin. Die Diskussion wird über Facebook live auf der Facebook-Seite von Bernhard Daldrup am 4. Juni ab 18.30 Uhr zu begleiten sein.

Fragen zu europapolitischen Themen können vorab an die E-Mail-Adresse bernhard.daldrup.ma02@bundestag.de, als Facebook-Messenger-Nachricht an Bernhard Daldrup übermittelt oder aber live während der Veranstaltung ge-stellt werden. Wir freuen uns auf eine interessante Debatte.

// Familien in der Krise stärken Maßnahmen des BMFSFJ und BMAS

Die Unterstützung für berufstätige Eltern ohne Kinderbetreuung wird verlängert. Außerdem wird die Aufstockung des Kurzarbeitergeldes durch Arbeitgeber bis zu einer bestimmten Höhe steuerfrei. Gastronomiebetrieben wird durch eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Speisen geholfen. Das sind die Kernpunkte des Corona-Steuerhilfegesetzes, das der Bundestag beschlossen hat.

Bund und Länder haben in den letzten Wochen bereits steuerliche Erleichterungen in Milliardenhöhe beschlossen, um Unternehmen und Beschäftigte bei der Bewältigung der Corona-Pandemie zu unterstützen. Mit dem Corona-Steuerhilfegesetz werden weitere Maßnahmen umgesetzt.

Viele Eltern, deren Kinder derzeit noch keinen Anspruch auf eine Notbetreuung in Kita oder Schule

haben, stehen vor existenziellen Herausforderungen. Wer in dieser Situation keine Möglichkeit hat, ortsunabhängig zu arbeiten, Überstunden abzubauen oder seine Kinder anderweitig betreuen zu lassen, soll weiter Geld bekommen. Für sie wurde bereits im März ein Anspruch auf Entschädigung im Infektionsschutzgesetz geschaffen. Der Entschädigungsanspruch gilt für Eltern, deren Kinder höchstens 11 Jahre alt sind oder aufgrund einer Behinderung auf Hilfe angewiesen sind. Die Eltern können einen Lohnersatz in Höhe von 67 Prozent des Nettoeinkommens erhalten, monatlich maximal 2.016 Euro. Die Erstattung erfolgt über den Arbeitgeber. Dieser erhält die Entschädigung über die im jeweiligen Bundesland zuständige Behörde. Bisher ist dies allerdings auf höchstens sechs Wochen begrenzt.

Um Eltern auch weiterhin zu unterstützen, wird der Anspruch auf Entschädigung für jeden Eltern- teil auf zehn Wochen verlängert, für Alleinerzie- hende auf 20 Wochen. Die Entschädigungszahlung

kann auch tageweise aufgeteilt werden. So können Eltern, deren Kinder nur tageweise in Kita oder Schule betreut werden, die Zahlung über einen längeren Zeitraum beziehen. Dies entspricht den Gegebenheiten der erweiterten Notbetreuung in Kitas und Schulen in vielen Ländern und Kommunen. Und wenn Kitas oder Schulen wegen regional auftretender Infektionsschwerpunkte zeitweise schließen müssen, haben Eltern mehr Flexibilität.

Die Ausweitung bei der Lohnfortzahlung gilt künftig auch für Eltern von volljährigen Kindern mit Behinderungen. Damit werden Verdienstaufschläge von Eltern abgemildert, deren Kinder derzeit aufgrund der Corona-Pandemie nicht in einer Einrichtung für Menschen mit Behinderungen (Werkstätten, Tagesförderstätten) betreut werden können.

Mehr Infos

<https://www.bernhard-daldrup.de/infos-zu-covid19-coronavirus/massnahmen-fuer-familien-in-der-corona-krise/>

oder auf den Seiten des BMFSFJ

// Grüne Zukunft nicht mehr gedeckelt

Den 52-Gigawatt-PV-Deckel werden wir unverzüglich aufheben

Seit dem letzten Jahr haben Anbieter und private Betreiber von Solaranlagen gezittert. Der im Jahr 2012 eingeführte 52-Gigawatt-Deckel sieht vor, dass die Vergütung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) mit Erreichen der Grenze von 52.000 Gigawatt-Leistung ausläuft. Der drohende 52-Gigawatt-Photovoltaik-Deckel bedeutete das Ende der Förderung für alle Photovoltaik-Anlagen bis 750 KW. Der Marke von 52 GW wäre bei aktuellem Zubau wohl bis Herbst dieses Jahres erreicht worden und hätte die Solarindustrie erheblich gebremst. Zuletzt war die Stimmung in der Branche erheblich gedrückt, weil Prognosen des Bundesverband Solarwirtschaft (BSW) bereits im Juli 2020 von einer Halbierung des Solarmarktes gesprochen hatten.

Die SPD-Bundestagsfraktion, allen voran die stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden

Matthias Miersch und Bernd Westphal forderten bereits im vergangenen Jahr die Abschaffung des Solardeckels, stießen aber bei der Union auf eine Blockade. Die Christdemokraten erhoben die Einkilometer-Abstandsregel bei Windkraftwerken zur Verhandlungsmasse bei der Abschaffung des PV-Deckels.

Bis vor wenigen Tagen war eine Einigung nicht in Sicht, bis sich die Koalitionsparteien auf die Einführung einer Länderöffnungsklausel einigen konnten. Die Verantwortung für die Abstandsregeln bei Windkraftanlagen liegt damit bei den Bundesländern. Sie können entscheiden, ob sie den Mindestabstand einem Kilometer zur Wohnbebauung in ihre Landesbauordnungen aufnehmen oder nicht.

Wir werden den 52-Gigawatt-PV-Deckel nun unverzüglich aufheben, denn die Zeit drängt, sollten die Berechnungen des BSW stimmen.

Wir wollen unsere Arbeit aber mit der Abschaffung des PV-Deckels nicht beenden und streben einen Koordinierungsmechanismus von Bund und Ländern an, um kontinuierlich den Umsetzungsstand des Ausbaus der Erneuerbaren Energien im Hinblick auf die Erreichung des 65%-Ziels im Jahr 2030 zu monitorieren. Zusätzlich wollen wir weitere Akzeptanz- und Beschleunigungsmaßnahmen zum Windausbau umsetzen.



Gleichzeitig müssen Anbieter beim Ausbau erneuerbarer Energien sicher planen können. Wir sehen gerade im Lichte der Corona-Krise, dass der Einsatz von digitalen Verfahren zur Beschleunigung von Investitionen dringend benötigt wird. Wir haben deswegen das Planungssicherstellungsgesetz verabschiedet und werden auf Basis einer Evaluierung anstreben, dieses gegebenenfalls zu entfristen. Zusätzlich streben wir eine grundlegende Modernisierung der Beteiligungs-, Planungs- und Genehmigungsprozesse an. Kerninhalte sollen insbe-

sondere eine frühzeitigere Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und beteiligten Kreisen sowie die Verkürzung des Instanzenweges um eine Instanz sein.

// Corona-Steuerhilfegesetz

Um der Gefahr eines geringeren Wachstums infolge der Corona-Pandemie zu begegnen, hat die Politik in Deutschland zielgerichtete Antworten gefunden. Auch die Steuerpolitik muss helfen, die wirtschaftliche Entwicklung zu stabilisieren und Beschäftigung zu sichern. Dazu bringen die Koalitionsfraktionen das „Corona-Steuerhilfegesetz“ in dieser Woche in den Bundestag ein.

Zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie wird die Mehrwertsteuer für Speisen in Gaststätten befristet bis Mitte 2021 auf sieben Prozent abgesenkt und die Aufstockungsbeiträge zum Kurzarbeitergeld werden von der Steuer befreit. Außerdem wird die Übergangsregelung für die Umsetzung der neu geregelten Umsatzbesteuerung von juristischen Personen des öffentlichen Rechts um 2 Jahre bis Ende 2022 verlängert. Damit erfüllen wir eine wichtige Forderung von Ländern und Kommunen und geben den Kommunen ausreichend Zeit für die Umsetzung.

Die wichtige Einigung über die Verlängerung der Lohnfortzahlung für Eltern ist ebenfalls Teil des Gesetzes. Viele Eltern, die wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren sollen und deren Kinder derzeit noch keinen Anspruch auf eine Notbetreuung in Kita oder Schule haben, stehen vor existenziellen Herausforderungen. Die Bundesregierung will deshalb die Entschädigungszahlungen für erwerbstätige Eltern bei fehlender Kinderbetreuung verlängern. Bei Paaren soll jeder Elternteil insgesamt einen zehnwöchigen Anspruch auf die Leistung erhalten. Alleinerziehende können die Lohnfortzahlung für den Zeitraum von 20 Wochen beantragen.

// Meilenstein für die digitale Erschließung von Gewerbegebieten

Gerade erst hat der Spatenstich für die Glasfaserverkabelung im Kreis Warendorf stattgefunden. Jetzt gibt es erneut positive Entscheidungen zur Digitalisierung aus Berlin. Bernhard Daldrup, heimischer SPD Abgeordneter teilt mit, dass die 19

Anträge aus dem Kreis zur digitalen Erschließung der Gewerbegebiete mit einer Förderung in einer Größenordnung von 14,36 Mio. EUR rechnen können.

Summiert man die Bundesförderung, wird der Kreis Warendorf vom Bundesförderprogramm insgesamt in Höhe von rund 95,36 Millionen EUR pro-



fitieren. Darin enthalten sind die beiden Infrastrukturförderanträge in Höhe von insgesamt fast 81 Millionen EUR, die in abschließender Höhe beschlossen sind, sowie bewilligte und bereits ausgezahlte 50.000,00 EUR für Beratungsleistungen.

Gefördert werden im Kreis Warendorf folgende Gebiete:

- Ostbevern-Brock
- Telgte
- Sassenberg-Füchtorf
- Warendorf , Warendorf-Freckenhorst
- Everswinkel-Alverskirchen
- Sendenhorst-Albersloh
- Drensteinfurt
- Ahlen-I, -II, -III
- Ennigerloh-Finkenbergl, -Westkirchen, -Ostenfelde, -Enniger
- Neubeckum-Roland, -Vellern
- Beckum
- Oelde, Oelde-Stromberg
- Wadersloh-Diestedde, -Liesborn

// Städte und Gemeinden jetzt stärken

Die Auswirkungen der Corona-Krise treffen Städte, Dörfer und Gemeinden überall in Deutschland hart: Ausgaben steigen, Einnahmen sinken. Die SPD-Fraktion fordert einen Solidarpakt für Kommunen, damit wieder investiert werden kann – in Schulen und Kitas, in Sportvereine, Schwimmbäder und Bibliotheken. Die Sozialdemokratinnen



Das Konjunkturpaket, der kommunale Solidarpakt und der europäische Wiederaufbauplan waren die Top-Themen der gestrigen Sitzung unserer NRW-Landesgruppe mit Bundesfinanzminister Olaf Scholz im Otto-Wels-Saal der SPD-Bundestagsfraktion, bei der auch unser SPD-Parteivorsitzender Norbert Walter-Borjans kurz dabei sein konnte. Wir wollen aus der Corona-Krise eine Chance machen und in die Zukunft investieren. Deshalb unterstützt unsere Landesgruppe die Vorschläge von Olaf Scholz, die finanziellen Verluste der Kommunen abzufedern und das Altschuldenproblem endlich zu lösen.

und Sozialdemokraten unterstützen damit Vorschläge von Bundesfinanzminister Olaf Scholz. Die Corona-Pandemie hinterlässt ihre Spuren auch in den Haushalten der Städte und Gemeinden. Die Gesundheitskosten steigen, Ausgaben für soziale Leistungen wachsen, während eigene Einnahmen aus kommunalen Einrichtungen wegfallen. Gleichzeitig brechen die Steuereinnahmen ein. Allen vo-



(...) Aber mir geht es nicht darum, Gegensätze aufzubauen, sondern darum, Hürden zu überwinden. (...) Deswegen appelliere ich an alle, in den weiteren Beratungen den Kommunalen Solidarpakt 2020 des Bundesfinanzministers zu unterstützen. Wir jedenfalls stehen an der Seite der Kommunen.

Meine ganze finden Sie hier:
<https://dbtg.tv/fvid/7414041>

ran sinkt die Gewerbesteuer als Haupteinnahmequelle der Kommunen dramatisch. Die Steuer-schätzung prognostiziert allein für dieses Jahr Ausfälle in Höhe von 12 Milliarden Euro.

Wenn die Kommunen deutlich weniger Einnahmen haben, bleibt ihnen ohne Hilfe von außen keine andere Möglichkeit, als den Rotstift anzusetzen: bei Kitas und Schulen, beim örtlichen Busverkehr, bei Wohnungen, Straßen, Schwimmbädern oder der kulturellen Infrastruktur. Ebenso fallen die Kommunen als Impulsgeber für einen konjunkturellen Aufschwung aus.

Für die SPD-Fraktion steht fest: Um die Investitionskraft aller Kommunen zu stärken, die Bedingungen guter Lebensqualität zu sichern und gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Deutschland zu ermöglichen, muss der Staat handeln. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern deshalb, die Corona-bedingten Ausfälle bei der Gewerbesteuer durch Bund und Länder kurzfristig auszugleichen und diese Maßnahme mit einer Entschuldung finanzschwacher Kommunen zu verknüpfen. Die SPD-Fraktion unterstützt damit Vorschläge von Bundesfinanzminister Olaf Scholz für einen Kommunalen Solidarpakt 2020.

Konkret fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf:

- Den vorgeschlagenen Rettungsschirm für Kommunen zur Entlastung für Gewerbesteuerausfälle und Hilfe für überschuldete Kommunen unverzüglich auf den Weg zu bringen, um die Kommunen mit liquiden Mitteln auszustatten, ihre Handlungsfähigkeit sicherzustellen und



„Nein zum Krieg“ – das ist die Botschaft hinter der Aktion „Rote Hand“, an der sich Schulen und Ausbildungsstätten im Kreis Warendorf beteiligten. Ich habe die roten Hände an den Vorsitzenden der Kinderkommission des Deutschen Bundestages Matthias Seestern-Pauly MdB übergeben. Aufgrund der Corona-Pandemie konnte die Übergabe an die UN bisher leider noch nicht stattfinden.

Vielen Dank für die Schulen aus Drensteinfurt und Ahlen für die Beteiligung.

damit die Wirtschaft durch ihre Investitionen deutlich zu unterstützen.

- Gemeinsam mit den betroffenen Ländern die Altschulden der finanzschwachen Kommunen abzulösen, um so die Handlungsfähigkeit der Kommunen sicherzustellen und die notwendigen Investitionen aller Kommunen in Deutschland zu verstärken.
- Einen eigenen Beitrag zur Unterstützung der ostdeutschen Bundesländer zu leisten und sich hälftig an den Finanzierungskosten der Lasten aus Zusatzversorgungssystemen der DDR zu beteiligen, um auch hier die erforderlichen Investitionen zu mobilisieren.
- Die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu stärken, indem kommunale Zukunftsinvestitionen weiter hochgefahren werden - im Zuge des Konjunkturprogramms ebenso wie im Rahmen der auf längere Sicht notwendigen gesamtstaatlichen Investitionsoffensive. Mit Blick auf die soziale Infrastruktur und die Herausforderungen der energetischen und ökologischen Modernisierung müssen dabei Konjunktur- und Innovationsimpulse sinnvoll miteinander verbunden werden.

Das Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion kann hier heruntergeladen werden (PDF-Datei):

https://www.spdfraktion.de/system/files/documents/beschluss-kommunen-jetzt-staerken-20200526_0.pdf

Es ist unstrittig, dass die Ausweitung öffentlicher Investitionen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stärkt. Fast 60 Prozent aller öffentlichen Aufträge kommen von den Kommunen. Deshalb ist es folgerichtig, Kommunen in das Zentrum eines Konjunkturpaketes zu rücken. So gelingt der Neustart aus der Krise.